



Stadt Breslau zur Durchführung nötiger Verbesserungen jährlich 200000 Mk. mehr als bisher nötig. Es wurde nun die Grund und Gebäudesteuer nach dem Verkaufswert erhoben, allerdings nur 2,9 vom Tausend, trotzdem wurde durch diese Steuerreform bewirkt, dass die Terrainspekulanten, Aktiengesellschaften, Villenbewohner jährlich 305000 Mk. mehr zahlen mussten, die Stadt erhielt dadurch die nötige Mehreinnahme und den Häusern mit mittleren und kleineren Wohnungen konnten 105000 Mark an Steuern erlassen werden.

Diese Steuerreform zeigt den Weg, auf welchem die Herbeischaffung von den nötigen Geldern zu ermöglichen ist, die zur Milderung der wirtschaftlichen Krisen dringend notwendig sind und der Arbeitslosigkeit, der Not und dem Elend so mancher braven Arbeiterfamilie einigermassen zu steuern vermögen. Es muss nur da genommen werden, wo wirklich etwas ist; wo unverdiente, nicht durch die Produktion, sondern durch Spekulation und Wucher angehäufte Kapitalien ruhen, da muss zu allererst seitens der Steuergesetzgebung schärfer zugefasst werden zum Besten und zum Wohle der Allgemeinheit. Damit dies aber immer mehr geschehe, muss die Arbeiterklasse in erhöhtem Masse Einfluss zu gewinnen suchen in Staat und Kommune, sie muss ihre Interessen immer kräftiger vertreten durch starke Organisationen.

## Arbeitgeber, Werkmeister (Faktoren) und Gehilfen im Buch- u. Steindruckgewerbe.

Die unter obiger Ueberschrift in den Nummern 24 und 25 der „Graph. Presse“ erschienene Wiedergabe eines Vortrages des Herrn Steindruckereibesitzers Fettback-Hannover, gibt uns recht reichlichen Anlass, das nebelhafte Wortgeküsel des genannten Herrn einmal in würdiger Beleuchtung zu betrachten, da die Reden desselben durchaus nicht mit seinen Thaten im Einklang stehen; ausserdem bietet jener Vortrag eine derartige Fülle kurioser Meinungen, dass man fast glauben möchte, es handle sich um einen planmässigen Versuch, durch Entstellung der Thatsachen, durch unklare Auslegung der sozialdemokratischen Bestrebungen, die Gewerkschaftsbewegung für die Zwecke der nationalsozialen Gruppe zu gewinnen.

Dass jedem Mächtigen die Gewalt vom Geschick (!) anvertraut ist, wie Herr Fettback behauptet, ist ein Irrtum, in dem nur derjenige befangen sein kann, der von der Entwicklung des Kapitalismus und dessen Einfluss auf die Einrichtung ganzer Staaten keinen blauen Dunst hat. Sieht man es doch deutlich, wie in England z. B. gegenwärtig die kapitalistische Mehrheit des Parlaments die Regierung führt und wie König Eduard, der ungekrönte, von demselben die „Gewalt“ in die Hände bekommen hat. Was die soziale Erkenntnis anbelangt, welche den Unternehmern fehlte, so steht es heute damit kaum etwas besser, besonders Herrn F. mangelt dieselbe völlig. Oder ist es vielleicht eine Folge sozialer Erkenntnis, dass Herr F. in der Steindruckerei 13 Lehrlinge hält bei 16 Gehilfen, welche zum Mistfahnen, zu Marktbesuchen, zur Pflege des Hausgartens, zu Botengängen zu Schneider und Waschfrau u. s. w. benützt werden? Hält Herr F. derartige Beschäftigungen als zur beruflichen Ausbildung gehörend? Dass die Sozialdemokratie nur scheinbar auf den Umsturz der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hinwirkt, ist eine völlige Verkenntung der sozialdemokratischen Idee; nicht nur scheinbar, sondern tatsächlich wollen wir eine Revolution, einen Umsturz unserer heutigen Weltordnung, wir wollen dem Kapitalismus das Zepter entreissen, dass er als blutige Geissel schwingt über dem Rücken der Proletarier. Was Herr F. als staatliche Ebenbürtigkeit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ansieht, ist uns zweifelhaft, wir merken bislang noch sehr wenig davon, auch ist uns bekannt, dass Herr F. diese Ebenbürtigkeit selbst nicht allzu hoch einschätzt, denn er macht sogar Unterschiede zwischen Arbeitern, die nur eine sehr mässige Bildung besitzen sollen und Faktoren, welche die Bildung mit dem Löffel gegessen haben sollen, — eine nette Ebenbürtigkeit, die ausserdem dem Arbeiter Mangel an Geistes- und Charakterschulung vorwirft! Es würde zu weit führen, wollten wir uns damit beschäftigen, alle Irrtümer des Herrn F. zu widerlegen, aber über das, was unsere Organisation speziell betrifft, können wir nicht umhin, Herrn F. einmal eines anderen zu belehren.

Dass der Herr erzählt, nur ein Drittel der vorhandenen Steindrucker und Lithographen sei organisiert, ist wohl noch der kleinste Irrtum, den er begeht, den wir ihm auch gern verzeihen, da wir annehmen, dass Herr F. für Zahlen kein besonderes Interesse hat. Wir wollen aber doch bemerken, dass wir hier in Hannover zu 80% organisiert sind. Weniger verzeihlich ist es aber, dass Herr F. der auf dem Rückwärtsrichteuch-Standpunkt der National-

sozialen steht, heute noch den Charakter der Sozialdemokratie derartig mangelhaft begreift, dass er den gemeinsamen Aufbruch der Buchdrucker-Gehilfen und Prinzipalorganisationen an die Nichtverbänder — nunmehr von den Prinzipalen festgesetzte Minimum zu fordern oder die innegehabten Stellungen zu kündigen — als demokratische Verbrüderung bezeichnet. Damit streicht man uns doch keinen Honig um den Mund; wir fallen nicht auf einen derartigen Gimpelfang hinein. Auch das Tarifgemeinschaft, deren Segnungen Herr F. so überschwinglich lobt, kein dem demokratischen Prinzip entsprechendes Kampfmittel ist, darüber herrscht in unseren Reihen kein Zweifel.

In dem Vortrage heisst es weiter: Die Gehilfen (Buchdrucker) haben auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten; sie werden als höchstgebildete Arbeiterschaft das rechte Mass ihrer Forderungen einzuhalten wissen, um dem Gewerbe, das sie ernährt (wer lacht da?) die Daseinsbedingungen nicht abzuschneiden. Soll doch wohl heissen: Die Daseinsbedingungen des Kapitalisten? Was nennt übrigens wohl Herr F. das rechte Mass an Forderungen? Als die Steindrucker und Lithographen in Hannover im Jahre 1896 die 9- resp. 8stündige Arbeitszeit errangen und die Forderung von 24 Mk. Minimallohn durchsetzten, da besass Herr F. die dreiste Stirn, jene Forderungen als frivol zu bezeichnen!

Nun weiter im Text: Herr F. nimmt sich die Freiheit, unsere Organisation eine Scheinorganisation zu nennen, die weder Fisch noch Fleisch sei. Hier setzt Herr F. seine Worte mit seinen Thaten direkt in Widerspruch. Die Faktoren fordert er auf, zum Eintritt in die Organisation, indem er sogar vorgibt, damit eine Förderung derselben zu beabsichtigen, und ein andermal giebt dieser Herr sich die grösste Mühe, diese Scheinorganisation zu bekämpfen, indem er gleichzeitig einen Prinzipalverband organisiert. Wir wären darin doch etwas konsequenter, trotz allem Mangel an Bildung, Geistes- und Charakterschulung, denn wie kann man eine Sache bekämpfen, die man bloss für Schein hält? Wir haben zwar Herrn F. nie recht ernst genommen, aber noch immer versucht, ihm wenigstens zu begreifen, jetzt aber sehen wir, dass dies vergebliche Mühe wäre; Herr F. liegt ja auch hauptsächlich daran, die eigene Stellung zu fördern und zu kräftigen, und um uns das zu sagen, brauchte er weniger umständlich zu sein.

Die lokalen Führer derselben sind zumeist für ihre Sache begeisterte und ideal angelegte Männer jüngeren Lebensalters. Einen ähnlichen Satz haben wir von einem Parteigenossen des Herrn F. unserem Kollegen Tischendörfer-Berlin schon gehört, er bedeutet für uns also weiter nichts als eine wiedergekaute Phrase, die uns selbst dadurch, dass Herr F. die Worte „begeistert“ und „ideal“ einmengt, um nichts schmackhafter erscheinen will.

Wenn nun Herr F. meint, dass es uns an Arbeitsstoff mangle, dann ist er mit dieser Meinung ganz und gar in den Sumpf geraten, sorgt er doch selbst dafür, dass wir recht oft in die Lage kommen, uns mit seiner Persönlichkeit resp. mit seinen Betriebsrichtungen befassen zu müssen, und was wir dabei an Arbeitskraft vergeuden müssen, ist just nicht wenig; dass derartige Arbeitsstoff nicht vorwärtsbringen sein kann, liegt auf der Hand und sollte Herr F. als „Förderer“ unserer Organisationsbestrebungen sich lieber in anderer Weise als bisher in diesem Fache bethätigen, sofern er unserer Sache wirklich dienen will. Ob die sich ablehnend verhaltenden Genossen und Faktoren wirklich gebildeter sind, als ihre Mitarbeiter und Untergebenen, das bezweifeln wir nicht nur, sondern wir haben dafür recht drastische Gegenbeweise. Herr F. mag sich nur einmal in seinem eigenen Geschäft umsehen! Schon der Umstand, dass diese Leute sich ablehnend der Organisation gegenüber verhalten, zeugt von Mangel an sozialer Erkenntnis und Bildung. Hat doch der Faktor in der Firma Leunis & Chapman, (Inh. Herr Fettback) Inderau, seinen Austritt aus der Organisation damit begründet, dass es mit seiner Stellung als Faktor unvereinbar sei, noch länger Mitglied zu sein. Wenn Herr F. behauptet, dass viele Steindrucker und Lithographen nicht mithun wollen oder können (da liegt der Haken) in der Organisationsfrage, weil sie nicht zu der ihnen gebührenden Stellung innerhalb unserer Vereinigung gelangen, oder weil sie ihr Verhältnis zum Arbeitgeber berücksichtigen mussten, so ist dieses wieder ein Widerspruch in den Anschauungen des Herrn F. Warum fordert er die Leute erst zum Eintritt in die Organisation auf, wenn er weiss, dass das Verhältnis der Faktoren — diese können hier nur in Betracht kommen — zum Arbeitgeber es nicht gestattet? Herr F. giebt damit selbst zu, dass die Interessen der Arbeitgeber mit uns in Widerspruch stehen, und dass die Kluft, die uns trennt, unüberbrückbar ist.

Die ihm gebührende Stellung erhält ein jeder bei uns, der seine Fähigkeiten durch praktische Erfolge nachweist, und ein Ehrenplatz gebührt unbedingt demjenigen, der es versteht, unsere gewerkschaftlichen Interessen zugleich mit unseren politischen zu verfolgen. Wir sind noch nie etwas anderes gewesen, als ein Teil der sozialdemokratischen Partei; obgleich wir uns neutral nennen, so werden wir doch nimmermehr eine unsocialdemokratische Gewerkschaft bilden. Wir haben zwar auch Leute, die den Begriff der Neutralität anders auslegen als wir, ein klassen- und zielbewusster Gewerkschafter aber hat für diese nur ein mitleidiges Lächeln übrig,

weiss er doch nur zu gut, dass jegliches Verbannt der Politik aus unserem Wirkungskreise einfach eine Farce ist, die dazu dient, den Geist zu verflachen, und uns schliesslich allmählich aber sicher in die Arme einer anderen, weit weniger zielbewussten Partei zu führen; und halbe Arbeit machen wir nicht!

Was die Faktoren als Hüter der Ordnung für uns sind, wissen wir sehr wohl, hängt doch sehr häufig die Entlassung der durch ihre Agitation für die Organisation sich hervorhühenden Kollegen von ihnen ab. Nicht alle Faktoren spielen diese Rolle eines Popanz, und diese gehören unserer Organisation zum Teil schon an. Die Faktoren gar als Vermittler zwischen Prinzipal und Arbeiter anzuerkennen, würde ein Aufgeben des demokratischen Prinzips bedeuten, welches einem jeden Arbeiter die gleiche Berechtigung giebt, auch die gleiche Berechtigung zur Vermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, d. h. soweit von einer Vermittlung überhaupt die Rede sein kann, denn wir sind und bleiben stets eine Kampfesorganisation, jederzeit bereit, gegen die übermässige Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital Stellung zu nehmen.

Herr F. erwähnt auch etwas von den Existenzsorgen der Geschäftsinhaber. Worin bestehen denn diese? Vielleicht darin, dass es nicht immer ganz gelingt, von der Arbeitskraft ein Uebermass zu profitieren? Dass auch einmal ein Kleinkapitalist, solch ein Emporkömmling aus dem sogenannten Mittelstand sich nur mit Mühe und Not vor dem Pleitewerden retten kann, ist schon vorgekommen, auch daran ist meist das Grosskapital schuld, das den Mittelstand allmählich aufsaugt. Zum Schaden für uns ist dieses nicht, denn auf diese Weise dringt auch in jene Kreise immer mehr von der sozialen Erkenntnis, da sie recht bald einsehen lernen, dass die Erkenntnis ihrer Klassenlage sie zur Solidarität mit dem Arbeiter führt, und nur dann kann der gemeinsame Kampf gegen das Grosskapital zu Ende geführt werden.

Hat man schon gehört, dass ein Grosskapitalist verhungert, buchstäblich verhungert ist? Wohl kaum. Es sei denn, dass er ein gelernter Geizkraz war, der in der Gier, sein Kapital sich vermehren zu sehen, sich nicht einmal das Leben vergönnt hat, Arbeiter dagegen, die am Hungertuch nagen, trotz fleissigen Schaffens, die Hungers sterben, nachdem sie ihre beste Manneskraft dem Kapitalisten geopfert und dafür im Alter auf das Pflaster geworfen wurden, Arbeiter, die ihr ganzes Leben hindurch den Keim des Todes in der Brust tragen, zählt man nach Tausenden. Und nun die Arbeit, die der Kapitalist leistet. Ach, die muss allerdings recht unangenehm sein; morgens die Runde machen durch das Geschäft, sehen, wie die Arbeiter sich abmühen für den Herrn Prinzipal, wie lebendige Maschinen von früh bis spät in ewigem Einerlei, Tag für Tag in gleichem Tempo, ohne Temperament, in steter Unlust ihr Werk verrichtend, da ihre Arbeit sie kaum ernährt, so dass sie nur notdürftig ihre Arbeit zu Stande bringen können; oder wenn man in seinem Comptor sitzend die harten Thaler, den mühselig erworbenen Lohn der Arbeiter auszahlen muss, man muss fühlen, wie an jedem einzelnen ein Tropfen des Schweisses klebt, der den Aermsten aus ihrem abgemergelten Körper herausgepresst ist, es ist, als höre man aus dem Klappern der Goldstücke das Stöhnen und Aechzen der Gequälten. Wie interessant ist doch das Leben eines Kapitalisten.

Nun zum Schluss. Herr F. behauptet, dass die Faktoren durch Liebe und Lust am Schaffen, dessen in treuer und ausdauernder Arbeit errungenen Erfolge ihre selbständige Stellung verdanken, und meint weiter, diese sollten überall Lehrer, Freund und Führer ihrer „Mitarbeiter“ sein. Derartige Leute sind aber an den Fingern zu zählen, im übrigen haben wir jedoch ein ganz anderes Bild von der Naturgeschichte der Faktoren. Der Faktor hat entweder, wie das sehr häufig vorkommt, seine Stellung durch Ausdienerei dem Prinzipal gegenüber erworben, er ist vielfach auf den Sprossen des Klatsches an der Leiter der Intrigue emporgestiegen, oder aber er besass so wenig Intelligenz, dass niemals das Klassenbewusstsein in ihm zur Reife gelangte, so dass er es nimmer empfand, wie er dem Kapital zum Knechte ward, infolgedessen konnte er wohl, wenn wir es so nennen wollen, etwas wie Freude und Lust am Schaffen empfinden. Er war dann noch dankbar, wenn er avancierte, denn er merkte es ja nicht, dass er zugleich mit dieser Rangerhöhung um eine weitere Stufe gesunken war. Er wurde nunmehr das willenlose Werkzeug des Kapitalisten, dienend als Peitsche für die übrigen, höchstens noch in dem „ehrlichen Makler“ zu spielen im Interesse seines Herrn, dem Mamon.

Diese Leute in unsere Reihen einzuschmuggeln wird Herr F. mitsamt der ganzen nationalsozialen Gesellschaft nie und nimmer gelingen, denn sonst müssten wir uns — ich wiederhole diese Worte nochmals — auf den Rückwärtsrichteuch-Standpunkt jener Parteigruppe stellen, wir aber wollen durch unsere Organisation, die zwar „weder Fisch noch Fleisch“, wohl aber recht nahrhaftes Brot für uns ist, nicht nur eine Besserung unserer eigenen Erwerbsverhältnisse erzielen, sondern unser Endziel bleibt stets auf die Forderung der Sozialdemokratie gerichtet. Wir wollen an Stelle der anarchischen Warenproduktion die zielbewusste Organisation der gesellschaftlichen Produktion; die Herrschaft des Produktes, des Kapitals, über den Produzenten, den Arbeiter, soll ein Ende nehmen, wir wollen den

Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.  
Die Verwaltungen beider Filialen Hannovers.

## Holder Friede, süsse Eintracht.

Schon wiederholt sahen sich die Vorstände der Filialen I und II, Hannover veranlasst, beim Hauptvorstande und in einem Falle beim Ausschuss des Vereins Klage zu führen über ein Mitglied des Hauptvorstandes. Auch hatte man ja in einem Artikel, aus Hannover stammend, gegen die eigenartige Zusammensetzung desselben protestiert. — Was ersteren Fall anbetrifft, handelte es sich um das Eingreifen des Hauptvorstandes seitens eines seiner Beisitzer in Angelegenheiten der hiesigen Verwaltung, betreffs mehrmaliger Verhandlung mit einem hiesigen Prinzipal, der nämlich Mitglied seiner Parteivereinigung ist. Durch dieses Eingreifen, unter Austausch von Ansichten und Meinung entgegengesetzter Auffassung der ganzen hiesigen Zahlstelle, wurden die hiesigen Verwaltungen bei dem betreffenden Herrn Prinzipal und Parteifreund des betreffenden Beisitzers sehr kompromittiert und ist hierfür mit als Beweis der Vortrag des Herrn, abgedruckt in den beiden letzten Nummern der »Gr. Pr.«, anzuführen. Diese Beschwerden wanderten nun in den grossen Papierkorb, der auf Veranlassung des Beisitzers angeschafft wurde, oder sie wurden nur als Bagatel betrachtet und uns klar zu machen versucht, dass im Hauptvorstande alles in schönster Ordnung sei, auch höre man von anderer Seite keine Klage. Dass letzteres nun aber nicht der Fall ist, scheint bewiesen durch die Anfrage des — Artikels in der vorletzten Nummer der »Gr. Pr.«, wo man auch eine Missstimmung gegen ein Hauptvorstandsmitglied herausgehört. Schreiber dieses scheint es nun doch an der Zeit zu sein, sich einmal mit diesem Beisitzer, der zugleich »Herr und Meister« ist, zu befassen, damit nicht eine Strömung in unseren Reihen Platz greift, die uns jedenfalls allen zum Schaden sein wird. — Wie es aber überhaupt nur möglich ist, dass ein Hauptvorstandsmitglied gegen den vom Verband angestellten Redakteur derartige schmeichele Ausführungen machen kann, dass man sich sogar scheut, dieselben im Bericht in die »Gr. Pr.« zu bringen, ist unbegreiflich. Es konnte sich wohl bei der Zitierung des Redakteurs nach Berlin nur um eine persönliche Angelegenheit handeln, denn um etwa schon ein Urteil über die Thätigkeit des Redakteurs zu sprechen, bedürfte es doch wohl einer längeren Erfahrung denn vier Monate. Aber es handelt sich eben wohl hauptsächlich nur um die persönliche Bemerkung des Redakteurs unter einem, vom »Tonangebenden« geschriebenen Artikel, der eine Verächtlichmachung der jüngeren, nur Ideal veranlagt sein sollenden Zahlstellenleiter enthielt und deshalb die mit Recht gebrachte Bemerkung der Redaktion, welche noch dazu, um nicht aller Welt zu zeigen, wess Geistes Kind der Artikel war, die Chiffre unter demselben wegließ. Man sieht also wie weit es schon gekommen ist, alles muss nach der Pfeife eines Mannes tanzen, dem die Gewerkschaftsbewegung alles ist, aber nur, um für seine Partei darin Propaganda zu machen, denn sonst könnte doch wohl derselbe nicht zu dem Entschlusse kommen, der Gewerkschaftsbewegung bald den Rücken zu kehren, und zwar doch nur, um sich der »überflüssigen politischen Bewegung« zu widmen. Für unseren Verband würde es jedenfalls gut sein, wenn letzterer Entschluss bald geschähe. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so müsste man notwendiger Weise dem Dirigierenden den Taktstock entziehen, um es zu vermeiden, dass man auf unserer nächsten Generalversammlung ebensolche Debatten führen muss, wie in den letzten Tagen auf dem Kongress der Buchdrucker. Dass dieser Tonangebende in Berlin sich Mühe giebt (nach eigenem Ausspruch), unsere Gewerkschaft aus dem Banne der Sozialdemokratie zu befreien, um sie »vollständig neutral zu machen, dürfte auch wohl noch nicht überall bekannt sein. Hoffentlich werden aber gerade die Berliner Kollegen den richtigen Weg einschlagen, um dieses zu verhindern. Für uns kann es doch nur das geben, was der von den »Ueberneutralen« so gern angeführte E. Bernstein in den Sozial. Monatsheften schreibt, nämlich: Keine Gewerkschaft ohne Sozialdemokratie und keine Sozialdemokratie ohne Gewerkschaft. Alles andere in unsere Gewerkschaft hineinzuschleppen, müssen wir uns energisch wehren, selbst dann, wenn es von einem Hauptvorstandsmitglied geschehen sollte.

—m—, Hannover.

## Vierter Gewerkschaftskongress in Stuttgart.

(Fortsetzung.)

In der Mittwochsitzung wurde zunächst nach den Anträgen der Mandatprüfungs-Kommission die Zulassung von Vertretern der Gewerkschaftskartelle abgelehnt und dem Gewerkschaftskartelle in Bant die Missbilligung des Kongresses ausgesprochen, weil es die Buchdrucker als angeblich nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend von der Vertretung im Kartelle ausgeschlossen hatte.

Ueber die Punkte Allgemeine Agitation und Korrespondenzblatt wurde darauf gemeinsam verhandelt und nach den nötigen Erläuterungen

Legiens die Errichtung von Unterrichtskursen der Generalkommission überlassen, ebenso die Veröffentlichung einer regelmässigen tabellarischen Streikübersicht im Korrespondenzblatte und der Antrag auf Errichtung einer Agitationskommission am Niederrhein. Ablehnung fanden die gewünschte Zusammenstellung wichtiger Gerichtsurteile im Korrespondenzblatte und das geforderte wöchentliche Erscheinen des polnischen Gewerkschaftsblattes.

Die Nachmittagsitzung am Mittwoch nahm, nachdem die Anschneldung des Generalstreiks der Glasarbeiter vereitelt und eine kurze Kritik an der Streikstatistik des Reiches geübt, das Referat von Körsten-Berlin über ein Reichsarbeitersekretariat entgegen. Der Redner legte in grossen Zügen die Mängel bloss, die dem Unfallversicherungsgesetze noch anhaften, behandelte die neuerliche Spruchpraxis des Reichsversicherungs-Amtes und schilderte anschaulich die vielen Missstände und Unzuträglichkeiten, denen der Arbeiter bei Erhebung seiner Ansprüche auf allen Seiten, bei den Vertrauensärzten wie bei den Berufsgenossenschaften, heute ausgesetzt sei und begründete somit die Notwendigkeit eines Reichsarbeitersekretariats, welches die Rekurse von Gewerkschaftsmitgliedern bei dem Reichsversicherungs-Amte schriftlich und mündlich durchzuführen habe.

Das darauffolgende Referat über die Thätigkeit und die rechtliche Stellung der Arbeitersekretäre erstattete Mattutat-Stuttgart. Derselbe kam in seinen Ausführungen auf den in Beuthen, Gera, Posen und Bochum von den Behörden den Sekretariaten imputierten Charakter einer gewerkschaftsmässigen Auskunftserteilung zu sprechen, monierte, dass den Sekretariaten, z. B. dem Nürnberger, zu weit gehende Aufgaben gestellt werden und empfahl die Unentgeltlichkeit der Sekretariate nur da, wo die Kosten keine Rolle spielen, andernfalls müssten die Gemeinden um Subvention angegangen oder aber Gebühren von den das Sekretariat in Anspruch Nehmenden erhoben werden.

Zum Schlusse der Mittwochsitzung sprach dann Simanowski-Berlin über Wahl und Organisation der Vertreter in der Sozialgesetzgebung. Unter Bezugnahme auf die umfangreiche Thätigkeit des Berliner Arbeitervertreter-Vereins wies Referent die Notwendigkeit der Betätigung in der Ausübung der durch die Sozialgesetzgebung gegebenen Rechte durch die Gewerkschaften nach und schlug die Gründung eines Verbandes der Arbeitervertreter-Vereine Deutschlands vor unter Verlegung eines bezüglichen Statutentwurfes.

Der Donnerstagsitzung wurde zunächst eine Einladung des städtischen Arbeits-Amtes in Stuttgart zur Besichtigung desselben bekannt gegeben, welcher auch entsprochen wurde.

Sassenbach-Berlin begründete dann den Antrag auf Verlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin und führte u. a. aus, dass es wünschenswert sei, die oberste Leitung der Gewerkschaft Deutschlands mit der Leitung der politischen Partei in enger Fühlung zu bringen, es könnten so manchmal Missverständnisse vermieden werden. Die Errichtung eines Reichsarbeitersekretariats sei ein Grund mehr.

Nachdem Legien dem Kongresse die Ablehnung des Antrages auf Schaffung eines Arbeitervertreterverbandes durch den Gewerkschaftsausschuss mitgeteilt, äusserte sich eine ganze Anzahl von Rednern über das zu errichtende Reichsarbeitersekretariat.

Die Abstimmung über den Antrag betreffs Gründung eines Reichsarbeitersekretariats ergab seine Annahme und zwar mit 119 gegen 31 Stimmen. Dagegen stimmten die Buchdrucker und Tabakarbeiter geschlossen, ein Teil der Holzarbeiter, Schuhmacher, Schneider sowie einzelne Vertreter kleiner Organisationen. Das Zentralarbeitersekretariat wird jährlich Mk. 15000 erfordern und bedingt die Erhöhung der Beiträge von 3 auf 4 Pfg. pro Mitglied der der Generalkommission angeschlossenen Organisationen.

Gleichfalls angenommen und zwar mit 105 gegen 47 Stimmen wurde die Verlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin.

Sodann referierte Paeplov-Hamburg über Submissionswesen und Streik Klausel. Die Gemeinlichkeit beider wurde von dem Redner überzeugend dargelegt, er verwies auf den im bayrischen und württembergischen Landtage unternommenen Vorstoss gegen diese den Arbeiter so bedrohenden Uebel und forderte in einer eingereichten Resolution von der Behörde die strikte Ablehnung der Streik Klausel und bezüglich des Submissionswesens folgendes: Die Arbeits- und Lieferungsverträge sollen Klauseln enthalten, durch welche die Uebernehmer von Arbeiten und Lieferungen verpflichtet werden, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau innezuhalten, oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich für sich anzuerkennen. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als eine der hervorragendsten sozialpolitischen Aufgaben der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, mit gutem Beispiele voranzugehen und ihren Arbeits- und Lieferungsverträgen eine diesbezügliche Klausel einzufügen und die Innehaltung derselben zu überwachen.

Nachdem mehrere Redner die diesbezüglichen Erfahrungen ihrer Organisation mitgeteilt, wurde die Resolution Paeplov mit einem Erweiterungsantrage der Hamburger Buchbinder einstimmig angenommen und dann die Donnerstagsverhandlungen geschlossen. (Schluss folgt.)

## Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

**Augsburg.** Sonnabend den 21. Juni fand hier eine ausserordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Die uns nahe stehenden Berufe, Buchdrucker und Buchbinder hatten sich ebenfalls eingefunden ebenso einige Mitglieder des evangl. Handwerkervereins. Kollege Tischendörfer referierte über den Gewerkschaftskongress welcher in Stuttgart tagte. Der Referent streifte in anschaulicher Weise alle dort behandelten Fragen und erläuterte die dort gefassten Beschlüsse. Seinen mit Beifall aufgenommenen 1½ stündigen Ausführungen folgte eine interessante Diskussion, wobei auch der sogenannte »Fall Tischendörfer« näher erörtert wurde, dabei kam auch der evangl. Handwerker-Verein wegen seinem Verhalten bei der Gewerkegerichts Wahl in Augsburg unter die Räder. Die anwesenden Mitglieder dieser Vereinigung suchten das bisherige Misstrauen zu beseitigen aber hatten dabei wenig Erfolg. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten schloss der Vorsitzende Kollege Albeke um 12½ Uhr mit einem von allen aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Versammlung.

**Berlin.** In der am 5. Juli stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung der Filiale I, fehlten unentschuldig die Kollegen: Erb, Holzmann, Seel, Beyer, Etzin, Schröter, Rogge, Kiebach, Aust, Ziegler, Seiffert, Gräber und Ringel.

Die Verwaltung.

**Berlin, Filiale I.** Am Sonnabend, den 21. Juni, abends 9 Uhr, fand in »Buske's Salon«, Grenadierstrasse 33, eine Versammlung der Sektion der Schleifer und der Linoleum- und Tapetendrucker statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches; 2. Vortrag des Herrn Dr. Lichtenberg über die Alkoholfrage; 3. Diskussion; 4. Verschiedenes. Da die beiden Sektionen zusammen tagten, so wurde von einem Verlesen des Protokolls Abstand genommen. Unter »Geschäftliches« teilte Kollege Rose mit, dass bei der Firma Priester & Eick eine Geschäftsversammlung stattfand, welche nicht ganz resultatlos verlaufen ist. Hierauf nahm Herr Dr. Lichtenberg das Wort. Des Redners Vortrag gipfelte darin, dass der Arbeiter, welcher alkoholhaltige Getränke übermässig zu sich nehme, körperlich und geistig ruiniert werde. Das kleinste Quantum genüge schon, um die geistige und körperliche Thätigkeit zu hemmen und zu beeinflussen. Dieses geisttötende und den Körper vernichtende Gift koste übrigens sehr viel Geld, welches der Arbeiter für nützliche Bildungszwecke anlegen könnte; auch der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung würde er mehr Aufmerksamkeit schenken können. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner; der grösste Teil gab dem Vortragenden seine Zustimmung, nur einige hatten Einwendungen. Unter »Verschiedenes« brachte Kollege Karge eine Sache zur Sprache, nach welcher er verdächtigt wird, an den Oberdrucker der Firma Boehme eine Karte wegen Beschäftigung geschrieben zu haben, was er ganz energisch zurückweist. Da weiter nichts vorlag, schloss der Bevollmächtigte, Kollege Rose, um 12½ Uhr die Versammlung.

E. K.

**Bielefeld.** Das vor einiger Zeit vom Hauptvorstand versandte Zirkular gab den Kollegen unserer Zahlstelle Veranlassung zu einer Besprechung desselben. Es fand dasselbe mit Ausnahme des Anhangs allgemeine Zustimmung. In betreff des letzteren scheint man jedoch nicht das rechte getroffen zu haben, denn es wird wohl bald jeder davon überzeugt sein, dass der § 3, Abs. 2 (Seite 18 des Statuts) sich unter den heutigen Organisationsverhältnissen einfach nicht durchführen lässt. Es würden so zahlreiche Ausschlüsse notwendig werden, dass die Organisation dadurch bedeutend geschwächt werden würde. Wenn dieselbe auch in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte verzeichnen konnte, so muss man sich dennoch gestehen, dass dieselbe innerlich noch lange nicht genügend gefestigt ist um derartige Bestimmungen zur Durchführung bringen zu können. Zwar ist auch in dieser Beziehung infolge des weiteren Ausbaues des Unterstützungswesens vieles besser geworden, aber es ist noch lange nicht so, wie es sein sollte, das beweist die noch immer zu grosse Fluktuation der Mitglieder; dieselben haben eben nicht genügend Interesse an ihrer Mitgliedschaft, da ja bei einem event. Ausschluss nicht allzuviel zu verlieren ist. Hier wird man in der Zukunft den Hebel anzusetzen haben und wohl zu einer weiteren Erhöhung der Unterstützungen kommen müssen, auch wenn dazu eine Erhöhung der Beiträge nötig sein sollte. Wer 50 Pf. zahlt, zahlt schliesslich auch 60 Pf. oder noch mehr. Es sollte uns immer die Organisation der Buchdrucker als Muster vorschweben. Man wird dann auch von den Verwaltungen, wenn diesen, wie es nötig sein wird, eine angemessene Entschädigung für ihre Arbeiten gewährt wird, in jeder Beziehung, also auch in der Beantwortung von Anfragen seitens stellesuchender Kollegen, mehr

Pünktlichkeit verlangen können. Jetzt kann von einer solchen leider nur bei einer geringen Anzahl von Zahlstellen die Rede sein. Man braucht da nur auf das unpünktliche Einsenden der Abrechnungen zu verweisen. Die Statistik die im vorigen Jahre veröffentlicht werden sollte, wurde von verschiedenen Zahlstellen überhaupt nicht fertiggestellt und musste die Veröffentlichung derselben unterbleiben. Da kann man natürlich auch nicht verlangen, dass jedes Mitglied vor Stellungannahme sich bei dem Vertrauensmann des betr. Ortes erkundigt; denn eine sofortige Beantwortung, wie es doch notwendig ist, erfolgt sehr oft nicht und die Folge ist dann oftmals, dass ein Nichtmitglied, welches nicht die Zeit durch vorheriges Erkundigen verloren hat, die Stelle erhält. Um nun hier Abhilfe zu schaffen, machten die Kieler Kollegen bereits den Vorschlag, ein Auskunftsbuch herzustellen. Es scheint jedoch, dass ein solches erstens zu teuer und dann auch zu schnell veralten würde, denn die Verhältnisse in den einzelnen Geschäften ändern sich mitunter schnell. Es würden immerfort Nachträge notwendig werden und dieses berücksichtigend führte ein hiesiger Kollege dazu, einen anderen Vorschlag zu machen, den Schreiber dieses auf Beschluss der hiesigen Kollegen in der „Gr. Pr.“ veröffentlichten soll. — Der betr. Kollege macht also den Vorschlag, dass „hineingefallene“ Kollegen dieses unter Angabe der Firma der Verwaltung seiner Zahlstelle sowie unter Hinzufügung des Grundes z. B.: fortwährendes Treiben, Nörgeleien seitens der Leitung, schlechtes Material, ungesunde Verhältnisse im Verkehr, ob die Firma zahlungsfähig und ähnliches, mitteilt. Wenn angebracht, könnten auch noch etwa die folgenden Fragen beantwortet werden: Hauptsächlich vorkommende Arbeiten? Wieviel Schnellpressen und welchen Systems? Die grösste welches Format? Wird von Aluminium gedruckt? u. s. w. Bei Litho- und Chemigraphen müssten ebenfalls entsprechende Fragen beantwortet werden. Der betr. Verwaltung würde dann die Aufgabe zufallen, die Angaben zu prüfen und sie an die „Gr. Pr.“ einzuschicken. Dieselbe stellt dann die in jedem Monat eingelaufenen Berichte zusammen, nummeriert dieselben und veröffentlicht alles möglichst als Separatbeilage der „Gr. Pr.“ Diese monatlichen Berichte müssten fortlaufend mit Buchstaben bezeichnet werden, also A., B., C. u. s. w. Am Ende des Jahres würden dann die einzelnen Firmen einmal nach dem Alphabet und einmal nach den Städten geordnet, zusammengestellt und veröffentlicht werden. Stellessuchende Kollegen werden dann stets in der Lage sein, nachzusehen, ob über die Firma, mit welcher sie in Korrespondenz stehen, Klagen eingelaufen sind. Insbesondere wäre Vorsicht angebracht bei Firmen, über welche mehrfach geklagt worden ist. Wenn es z. B. heissen würde: Firma K. & E. in B. hat als Beschwerde A. 28, C. 15, I. 22 oder möglicherweise noch mehr, so würde der Stellessuchende die angegebenen Nummern nachsehen, und sich danach richten können. Dieses durchgeführt würde gegenüber den jetzigen Zuständen einen entschiedenen Fortschritt bedeuten, denn die einzelnen Berichte über die sogenannten Musteranstalten, wie sie jetzt veröffentlicht werden, vergisst man bald wieder, oder werden oftmals nicht einmal gelesen. — So weit der Vorschlag des betreffenden Kollegen. Jedenfalls ist derselbe diskutierbar und werden die Zahlstellen hiermit ersucht, dazu Stellung zu nehmen. Es würde ganz entschieden dadurch auf die einzelnen Arbeitgeber ein gewisser Druck ausgeübt werden. Dieselben müssten sich hüten in den Listen veröffentlicht zu werden und wieder somit dazu gedrängt werden, in ihren Anstalten bessere Zustände zu schaffen. Natürlich brauchte man das vorherige Erkundigen dadurch nicht abzuschaffen; dieses wird sich nach wie vor in manchen Fällen als angebracht erweisen. Eine entgeltliche Lösung der Frage würde der gemachte Vorschlag allerdings auch nicht sein. An eine solche dürfen wir auch noch nicht so bald denken, denn die Mehrzahl der Kollegen hat leider den Wert einer guten Organisation noch immer nicht eingeschaut. Dazu ist noch viel Arbeit, viel Agitation notwendig und hier mangelt es bei uns auch noch. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn der Hauptvorstand dem hiesigen Agitationskomitee, wenn dasselbe Agitationsmaterial verlangt, immer wieder die schon längst veralteten Flugschriften schickt, in welchem neben anderem die Zahl der Organisationsmitglieder sowie das Barvermögen des Vereins mit Tinte korrigiert sind und das am Anfang von einem flotten Geschäftsgange spricht, den wir seit einer Reihe von Jahren haben. Mit solchen Dingen kann man keine Agitation treiben, sondern man macht sich lächerlich damit. Hier sollte dafür gesorgt werden, dass etwas Gutes geschaffen würde, der Erfolg würde nicht ausbleiben, besonders auch nicht bei den älteren Kollegen. Erst wenn die Organisation genügend stark geworden sein wird, dürfen wir hoffen, die vielen traurigen Zustände, wie sie z. B. auch am hiesigen Orte in verschiedenen kleinen Geschäften bestehen, beseitigen zu können. So wurde in unserer letzten Mitgliederversammlung z. B. festgestellt, dass Kollegen 12—15 Mk. die Woche verdient haben, dazu kommt noch eine Behandlung, die sich bald nicht mehr beschreiben lässt. Hier liegt noch ein schönes Stück Arbeit vor uns und sei hiermit zum Schlusse von neuem an die noch nicht oder nicht mehr organisierten Kollegen das Ersuchen gerichtet, uns in unseren Bestrebungen zu unterstützen, indem sie endlich Mitglieder unserer Organisation werden.

H. M.

**Bremen.** In der letzten Monatsversammlung am 30. Juni kam hier ein Vorkommnis zur einstweiligen Erledigung, welche für weiteste Kollegenkreise von grossem Interesse sein dürfte. In Bezug auf verschiedene Missstände in sanitärer als auch gewerbe- und unfallgesetzlicher Beziehung in der Firma Wilhelm Jöntzen, Lith. Anstalt, hier, war von Seiten des hiesigen Arbeitersekretärs des Kollegen Müller, zugleich Vorsitzender unserer Zahlstelle, ein detailliertes Schreiben an den Herrn Gewerbeinspektor gerichtet worden, ihn auffordernd unter Stattgabe der Beschwerde, die Fabrikräume benannter Firma zu inspizieren. Wenn nun auch in einem Detail ein Irrtum unterlaufen ist, so war die Beschwerde als Ganzes doch vollauf berechtigt. Einige Tage nach der Inspektion wurde nun plötzlich einem Kollegen vom Geschäftsleiter gekündigt unter dem Verdacht, dass er der Schreiber der Beschwerde sei, welcher Verdacht hauptsächlich auf das unsachgemässe, ja geradezu taktlose Benehmen des Inspektionsbeamten in Gegenwart des Geschäftsleiters zurückzuführen ist. Zu diesem Vorfall nahm nun die Versammlung Stellung, indem ausgesprochen wurde, dass dieses eine Massregelung sei, wie sie schroffer nicht gedacht werden könne, indem sie darauf hinauslaufe, dem Arbeiter den gesetzlichen Arbeiterschutz illusorisch zu machen. Es zeige das wieder einmal so recht krass, wie die Herrn Fabrikbesitzer und Arbeitgeber die es wohl verstehen, den Staat und alle seine Einrichtungen gegebenenfalls für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen, keine Bedenken hätten, dem Mitbürger und Steuerzahler unter rücksichtslosester Anwendung ihrer wirtschaftlichen Uebermacht die Wahrnehmung gesetzlichen Schutzes unmöglich zu machen, sich über die gesetzlichen Vorschriften nach dieser Richtung hin hinwegzusetzen. Dass von Seiten des Beamten ein grober Unfug gegen seine, seinem Amte entspringenden Pflichten vorliege, zur Ehre der Einrichtung sei es gesagt, nur als Ausnahmefall anzusehen. Es wurde noch betont, u. a. auch von dem betreffenden Kollegen selbst, dass die wirtschaftlich ungünstige Zeit erheische die Sache in Ruhe und Besonnenheit zu behandeln. Durch unzeitgemäßes Vorgehen treibe man unter Umständen nur das Spiel der Fabrikleitung, der es nicht unangenehm sein könne, in Zeiten wirtschaftlicher Depression einige Maschinen auf Kosten der Arbeiter resp. der Gewerkschaft still stehen zu lassen. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Resolution, die ungeteilten Beifall fand, einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Vorfall bei der Firma Jöntzen, sie betrachtet den Kollegen X als gemässregelt und beauftragt den Vorstand der Zahlstelle, beim Hauptvorstand dafür einzutreten, dass gegebenenfalls die Massregelungsunterstützung gezahlt wird. Die Versammlung bedauert insbesondere, dass das Verhalten der Gewerbeinspektionsbeamten den Anlass zu dem Vorgehen der Firma gab und erwartet namentlich von dieser Seite in Zukunft ein taktvolles Vorgehen. In der Besprechung zu Punkt III der Tagesordnung „Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit“ wurde unter allgemeiner Zustimmung durch die gutbesuchte Versammlung folgende Resolution ebenfalls einstimmig angenommen:

„In Erwägung dessen, dass die durchschnittliche Arbeitszeit in den Bremer Steindruckereien eine höhere ist als in den übrigen grösseren Druckereien Deutschlands ist die Versammlung der Ansicht, dass auch hier zu gegebener Zeit die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben ist.“

Der Vorstand wurde sodann beauftragt, sich mit dem Hauptvorstand in Verbindung zu setzen, um unter Anlehnung an die Gesamtkollegenchaft Deutschlands die Vorarbeiten in die Wege zu leiten. Zahlstelle Bremen.

**Erfurt.** Achtung! Bei Engagement nach hier wird dringend ersucht, vorher Erkundigung bei der Verwaltung einzuziehen. H. Fr.

### Gewerkschaftskongress-Protokolle.

Mit dankenswerter Schnelligkeit erschien das Protokoll vom 4. Gewerkschaftskongress in Stuttgart. Nach den Mitteilungen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sind die Protokolle für die Mitglieder der Verbände für den geringen Preis von 20 Pf. durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle zu beziehen. Im Buchhandel beträgt der Preis 1 Mk. pro Exemplar.

Jedes Mitglied, welches ein solches Protokoll wünscht, wende sich sofort an die zuständige Orts-Verwaltung unseres Vereins, letztere wird dann die nötigen Exemplare vom örtlichen Gewerkschaftskartell beziehen.

In den Orten, wo Gewerkschaftskartelle nicht bestehen, wollen sich die Verwaltungen wegen Bezug direkt an C. Legien, Hamburg 6, Marktstrasse 15, wenden. Im Einzelbezug kommt auf den Verkaufspreis von 20 Pf. noch 10 Pf. Porto pro Exemplar.

Im Auftrag: Otto Sillier.

### Adressen-Aenderungen.

Heilbronn: Bev. A. Richter, Wollhausstr. 115 I.

Hannover-Lith. Bev. R. Rauchhaupt, Aternstrasse 7 III r.

Halle a. S. Bev. O. Barthels, Streiberstr. 23 II. Krefeld. Bev. A. Leichsenring, Kronprinzenstrasse 72.

Kaufbeuren. Bev. W. Stieve, Ludwigstrasse. Leitelsheim i. S. Vertr. P. Griessbach, Frankenhäuser a. d. Pl. Grenzstr. 28c. R.-U. O. Thonfeld, Leitelsheim, Pleissenstr. 14.

Meissen. Vertr. J. Hellmann, Triebischthal, Thalstrasse 63 II.

Neu-Ruppin. R.-U. R. Wilsdorf, Klosterstr. 30, von 12—1 und 7—8 Uhr.

Schweidnitz. Bev. E. Mühl, Croisichstr. 4 II. Strassburg i. E. Bev. W. Dienst, Spachhäuserstrasse 9.

Wandsbeck. R.-U. A. Schulz, Hausdorferstrasse 23 II Hamburg.

Gausigationsbezirk Leipzig: H. Arnold, Moritzstrasse 2 III.

### Briefkasten der Redaktion.

Herrn Cr. in P. bei M. Musste wegen Raum-mangel für nächste No. zurückgestellt werden.

## Anzeigen.

### BEZIRKS-VERSAMMLUNG.

Sonntag, den 10. August, vormittags 11 Uhr findet in **Altwasser** im Gasthof zum **„Eisernen Kreuz“** für die im Innungsbezirk Schweidnitz gelegenen Zahlstellen die konstituierende

### Bezirks-Versammlung

- statt. Tages-Ordnung:
1. Beratung und Beschlussfassung der Bezirks-Statuten.
  2. Wahl des Bezirks-Vorsitzenden und Ort des nächsten Bezirkstages.
  3. Situationsberichte der Zahlstellen.
  4. Vortrag.
  5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Der provisorische Bezirksvorsitzende. Mühl.

NB. Die Anzahl der Personen, welche an gemeinschaftlichen Mittagessen teilnehmen, sind spätestens 3 Tage vorher der Zahlstelle Waldenburg mitzuteilen.

### Achtung Leipzig!

In der Zeit vom 23. Juli bis 5. August 1902 werden die geschäftlichen Angelegenheiten der Lithographen-Sektion durch Kollegen

### Rudolf Asmuss,

Wohnung: Leipzig, Gerichtsweg 16 IV, erledigt. Der Vertrauensmann.

Verein der Lith., Steindr. und Berufung. Deutschl.

### LEIPZIG. (Steindruckerei) Sektion I

Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 Uhr

### Versammlung im „Pantheon“,

Dresdenerstrasse 20.

Tages-Ordnung: 1. Die Gewerkschaftsbewegung und ihre Entwicklung auf nationalem und internationalem Gebiet; 2. Geschäftsbericht und Bericht des Agitationskomitees; 3. Gewerkschaftliches.

Zahreiches und pünktliches Erscheinen der Kollegen wird dringend gewünscht. Der Vertrauensmann.

NB. Beliefskontrolle müssen die Mitgliedsbücher bis spätestens 1. August vorgelegt werden.

### Lithographen und Zeichner.

Photograph. Vergrösserungen in Lebensgrösse 40x50 cm. liefert unretouchiert Mk. 3,— retouchiert

Mk. 10,— in sauberster Ausführung

E. Schück, Leipzig-Schleussig, Körnerstrasse 68 p.

### Todes-Anzeige.

Am 3. Juli verschied nach kurzem Krankenlager unser Kollege

### Oskar Kiessig, Lithograph,

aus Leipzig-Plagwitz, im Alter von 22 Jahren. Durch sein kollegiales Wesen hat er sich ein ehrendes Andenken gesichert.

Der Vertrauensmann der Lithographen Leipzig's.

### Todes-Anzeige.

Am 3. Juli verstarb unser treues Mitglied, der Linoleumdrucker

### Karel Franz Gepel

aus Rixdorf im 43. Lebensjahr. Er war stets ein guter Kollege. Ehre seinem Andenken. Sektion der Tapeten-, Linoleum- u. Wachstuchdrucker. Zahlstelle Berlin I.

Die Verwaltung. I. A.: J. B.

Der heutigen Nummer liegt No. 10 der „Graph. Rundschau“ bei.